

Mühlesilo landet auf der langen Bank

LANGENTHAL Seit Jahren beschäftigt sich die Stadt mit der Frage, wie das Mühleareal entwickelt und genutzt werden soll. Nun schiebt der Gemeinderat die Planung nach zwei Jahren Pause noch weiter hinaus.

Ein zentrales Langenthaler Stadtarchiv soll im Silogebäude auf dem Mühleareal entstehen. Diesen Grundsatzentscheid fällt die Gemeinde im August 2011. Die Grundlagen dazu sind aber noch immer nicht erarbeitet – und werden es vorläufig auch nicht. Die städtische Exekutive hat Anfang Februar beschlossen, die im Stadtbauamt hängigen Projekte zu priorisieren – dies im Zusammenhang mit dem Weggang von Stadtbaumeister Urs Affolter, dessen Stelle inzwischen ein zweites Mal ausgeschrieben worden ist. Mit den knappen Ressourcen begründet der Gemeinderat seinen Entscheid, in diesem Jahr für das Mühlesilo keine weiteren Arbeiten in Angriff zu nehmen, sondern sie um ein Jahr zu vertagen.

Abklärungen zweimal sistiert

Die Entwicklung des Mühleareals haben verschiedene Stadträte in den vergangenen Jahren mit Vorstössen voranzutreiben versucht. Dies, nachdem sich vor fünf Jahren die beiden EVP-Stadträte Daniel Steiner und Reto Steiner mit weiteren Stadtparlamentariern für ein Entwicklungs- und Nutzungskonzept auf dem Gebiet eingesetzt hatten. Vor vier Jahren schliesslich verlangte Urs Zurlinden (FDP) mit Mitunterzeichnern die Ausarbeitung einer Vorlage für ein Stadtarchiv. «Die Archivsituation in der Stadt ist alles andere als befriedigend», steht in seiner Motion. Die Stadt sei nicht in der Lage, wichtige Dokumente von prägenden Firmen und Organisationen zu übernehmen. Er plädierte für ein zentrales Archiv anstelle der verstreuten 33 Standorte in der ganzen Stadt. Die beiden Dinge wurden schnell miteinander in Verbindung gebracht; beim Parlament stiess dies auf Unterstützung.

Weil seither die Frage des Stadtarchivstandorts mit jener der Nutzung des Silogebäudes und diese wiederum eng mit der Entwicklung des Areal verknüpft ist, legte der Gemeinderat die Abklärungen in Zusammenhang mit der Motion im Januar



Stillstand rund um das Silogebäude auf dem Langenthaler Mühleareal: Die planerischen Grundlagen für ein Stadtarchiv an diesem Ort werden auch in diesem Jahr nicht erarbeitet.

Thomas Peter

2010 auf Eis: Erst wollte man abklären, ob das Archiv dort überhaupt realisiert werden könne. In der Zwischenzeit wurde der Bedarf für das künftige Stadtarchiv errechnet: 400 Quadratmeter, in-

klusive der Kunstsammlung der Stadt Langenthal und des Fundusraums des Museums.

In den vergangenen zwei Jahren wurden weder die Arbeiten zum Mühleareal noch zum Müh-

lesilogeäude weitergeführt. Im Dezember 2011 entschied der Gemeinderat ein zweites Mal, die Abklärungen rund um das Stadtarchiv ruhen zu lassen, bis die baulichen Aspekte am Standort

ARCHIVZENTRUM

Mit der Archivsituation im Oberaargau befasst sich auch die Ideengruppe, die sich im Auftrag des Vereins Identität Oberaargau mit der Zukunft des Schlosses Aarwangen auseinandersetzt. Die Idee sei, aus dem verwaisten Gerichtssitz ein historisch-kulturelles Zentrum für den Oberaargau zu machen, erklärt Präsident Marcel Cavin (Aarwangen). Bisher habe die Ideengruppe durch das Staatsarchiv abklären lassen, ob sich die Schlossräume für diesen Zweck überhaupt eignen würden. «Zumindest für das ehemalige Gefängnis wurde dies bejaht», hält Cavin fest.

Beim kantonalen Amt für Gemeinden und Raumordnung lasse man zudem abklären, ob es überhaupt rechtlich möglich sei, dass Einwohnergemeinden ihre alten Archivbestände ausserhalb ihrer Gemeinde aufbewahren liessen – zum Beispiel eben im Schloss Aarwangen. Hier liegt noch keine Antwort vor.

Im Auge habe man aber nicht nur das öffentliche Archivgut, ergänzt der Präsident der Ideengruppe, sondern auch private Archive, zum Beispiel auch solche von Firmen. «Damit könnten wir auch potente Geldgeber für das Projekt gewinnen», ergänzt Cavin einen positiven Zusatzeffekt dieser Idee. jr

Mühlesilo geklärt sind. Diese Abklärungen lassen nun weiter auf sich warten. Die weitere Bearbeitung der Motion von Urs Zurlinden «hängt stark vom Entscheid ab, ob und wann der Standort Mühlesilo realisiert werden kann», so der Gemeinderat. Da der Realisierungszeitpunkt nicht abschätzbar sei, verlangt der Gemeinderat unbefristet Zeit, um den Vorstoss zu behandeln. Dies beantragt er dem Stadtrat an der Sitzung vom Montag, 18. März.

Anderswo – ebenfalls mit Blick auf die Archivierung – bleibt die Exekutive nicht untätig: Sie will mit Stadtchronist Simon Kuert und der Stiftung zur Förderung wissenschaftlich-heimatkundlicher Forschung das Gespräch suchen. Und so die Forderung des Vorstosses von Patrick Freudiger (SVP) und Urs Zurlinden (FDP) erfüllen, die umgehend den Bestand der historischen Werke Langenthals inhaltlich aufnehmen lassen wollen.

Chantal Desbiolles

Regierung ist gegen das Kippen

LANGENTHAL Die Bürgerlichen wollen das Projekt Schulsozialarbeit rasch stoppen. Der Gemeinderat will dazu nicht Position beziehen – und tut es implizit doch.

Erneut beschäftigt das Thema Schulsozialarbeit die Langenthaler Politikerinnen und Politiker. Seit Anfang Jahr haben die bürgerlichen Parteien im Stadtrat die Mehrheit. Und bereits wollen sie einen Parlamentsentscheid zur Schulsozialarbeit aus dem vergangenen Jahr umstossen. Im Juni 2012 entschied der Stadtrat – gegen den Willen der Regierung – mit 20 zu 19 Stimmen, der Gemeinderat müsse eine Vorlage zur Einführung der Schulsozialarbeit erarbeiten. Nun fordern die SVP- und die FDP-JLL-BDP-Fraktion, die laufenden Arbeiten müssten gestoppt werden. Sie begründen ihren Vorstoss vom 4. Februar damit, dass sich die politische und sachliche Ausgangslage für Langenthal «erheblich zugunsten des Projekts geändert» habe (wir berichteten). Der Stadtrat wird an seiner Sitzung vom 18. März darüber befinden.

Wie aus den Unterlagen zur Stadtratssitzung hervorgeht, erachtet der Gemeinderat die Frage, ob der Stadtrat seinen Beschluss vom Sommer 2012 kippen soll oder nicht, als eine «innerstadträtliche Fragestellung». Und deshalb will die Stadtregierung dazu keinen Antrag formulieren. Indirekt äussert sie ihre Meinung aber dennoch und lässt durchblicken, dass sie den Beschluss nicht umstossen würde. Sie schreibt: «Es wird also auf eine Antragstellung zum Inhalt der Motion verzichtet, auch wenn der Gemeinderat aus Gründen der Stabilität und der Kontinuität des politischen Miteinanders grundsätzlich von der Beständigkeit von gefassten Stadtratsbeschlüssen ausgeht.» Der Gemeinderat weist zudem darauf hin, dass der Stadtrat seinen Beschluss aufgrund des Motions textes nicht einfach so in einem Schritt aufheben könnte.

Man darf gespannt sein auf den Entscheid des Stadtrats. Stimmen die Bürgerlichen geschlossen, bringen sie ihren Vorstoss durch. Doch wie zu hören ist, sind nicht ganz alle Fraktionsmitglieder dafür, den Entscheid für die Einführung der Schulsozialarbeit rückgängig zu machen. drh

Langenthal und Thunstetten gehen voran

BODENPOLITIK Weil es Langenthal an Industrieland fehlt, strebt die Stadt eine interkommunale Arbeitszone mit benachbarten Gemeinden an. Derzeit läuft ein Pilotprojekt mit Thunstetten.

Auf dem eigenen Gemeindegebiet hat die Stadt Langenthal kaum mehr Reserven für Gewerbe- und Industrieland. Im Agglomerationsprogramm der Stadt Langenthal und im Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept der Region Oberaargau ist deshalb die Schaffung einer regionalen Arbeitszone über die Gemeindegrenze hinweg vorgesehen. In einer Interpellation fragt FDP-Stadtrat Rudolf Lanz nach dem aktuellen Stand des überkommunalen Projekts Arbeitszone Langenthal.

Wie der Gemeinderat in seiner Antwort auf den Vorstoss schreibt, konnten Aarwangen,

Bannwil, Bleienbach, Lotzwil, Obersteckholz, Roggwil, Schwarzhäusern, Thunstetten, Wynau und Langenthal – also die Gemeinden der Agglomerationskonferenz Langenthal – bereits 2011 zur geplanten Arbeitsregion Stellung nehmen. Dem Mitwirkungsbericht nach sind Bannwil, Bleienbach, Lotzwil, Obersteckholz, Schwarzhäusern, Wynau und Langenthal grundsätzlich damit einverstanden.

Eher kritisch äusserten sich damals Aarwangen und Roggwil. Roggwil konnte sich «weder rational noch emotional» mit dem Projekt identifizieren. Aarwangen äusserte Bedenken bezüglich des zusätzlichen Verkehrsaufkommens. Nach einer Sitzung mit der Region Oberaargau unterschrieb aber vor einem Jahr auch Aarwangen die entsprechende Absichtserklärung.

Thunstetten tat dies nicht, hat aber Interesse daran, die Mach-

barkeit einer überkommunalen Arbeitszone mit der Stadt Langenthal im Rahmen eines Pilotprojekts zu prüfen. Daran ist auch die Stadt interessiert. Wie der Langenthaler Gemeinderat schreibt, haben auf präsidialer Ebene bereits Gespräche stattgefunden. Resultat davon ist, dass der mögliche Standort nun beim Projekt «Innovation und Raum» der Hauptstadtregion Schweiz unter dem Schwerpunkt Arbeiten eingegeben wurde.

Im Wolfhusenfeld

Im Visier haben Langenthal und Thunstetten denjenigen Teil des Wolfhusenfelds, welcher zwischen den zwei Eisenbahnlinien liegt. Das betreffende Land liegt mehrheitlich auf Thunstetter Boden, kann aber laut Gemeinderat nur von Langenthal her zweckmässig erschlossen werden.

Die Region Oberaargau begrüsst das Vorhaben und wird zu-

sammen mit den beiden Gemeinden die weiteren Schritte festlegen. Geschäftsführer Stefan Costa sagt, es habe sich gezeigt, dass eine Arbeitsregion Langenthal nicht in einem Zug mit mehreren Gemeinden realisiert werden könne. Daher sei es sinnvoll, dies zuerst im Rahmen eines Pilotprojekts mit zwei Gemeinden durchzuexerzieren. Die Agglomerationskonferenz ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

«Mit diesem Projekt wird Neuland betreten. Es setzt ein Umdenken auf politischer sowie Verwaltungsebene voraus.»

Gemeinderat Langenthal

Der Gemeinderat von Langenthal misst dem Pilotprojekt Arbeitszone Langenthal «einen bedeutenden Stellenwert» zu, wie er in der Antwort auf den Vorstoss schreibt. Besonders vor dem Hintergrund einer nachhaltigen Bodennutzung sowie der bestmöglichen Erschliessung von neuen Gewerbe- und Industrieflächen sei es «unerlässlich», die Machbarkeit einer überkommunalen Arbeitszone zu prüfen.

«Der Gemeinderat ist sich dabei bewusst, dass mit diesem Projekt Neuland betreten wird und dies ein Umdenken auf politischer sowie Verwaltungsebene voraussetzt», schreibt die Stadtregierung weiter. Bei der Umsetzung solle nicht nur der wirtschaftliche Erfolg im Vordergrund stehen, «sondern auch das Gelingen einer überkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der Bodenpolitik».

Dominic Ramel

Bären: Keine Einsprachen

LANGENTHAL Die Bären AG kann das Erdgeschoss ihrer geschützten Scheune umnutzen. Gegen das Baugesuch des Hotels sind beim Stadtbauamt keine Einsprachen eingegangen. Die Bären AG will das Erdgeschoss der Scheune danach für Gewerbe und Dienstleistung nutzen. tg

ANZEIGE

HALBFINAL HEIMSPIEL
Freitag, 8. März, 20.00 Uhr
Eishalle Schoren, Langenthal